



Sitzungsvorlage
300/089/2014

Amt/Abteilung: Amt für Recht und öffentliche Ordnung Datum: 19.11.2014	Aktenzeichen: 310-2.1-07		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	24.11.2014	Vorberatung N	
Hauptausschuss	02.12.2014	Vorberatung N	
Stadtrat	16.12.2014	Entscheidung Ö	

Betreff:

Satzung zur Bildung eines kommunalen Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den dieser Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der Satzung zur Bildung eines kommunalen Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat).

Begründung:

Die CDU-, FWG-, FDP-Stadtratsfraktionen haben am 2. April 2014 die Einrichtung eines Gremiums zur besseren Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen beantragt.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 13. Mai 2014 diesem einstimmig zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, bis zur konstituierenden Sitzung des Stadtrates einen Vorschlag für ein Gremium zur Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen zu erarbeiten.

In der Sitzung am 22. Juli 2014 hat der Stadtrat einstimmig beschlossen, einen Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nach § 56 Gemeindeordnung (GemO) zu bilden. Die Verwaltung wurde beauftragt, in einem vorgeschalteten Verfahren Regelungen zur Zusammensetzung und zu den Aufgaben und Rechten des Beirates zu erarbeiten (siehe Sitzungsvorlage 100/132/2014).

In einem öffentlichen Auftaktforum am 9. Oktober 2014 mit Betroffenen, Vertretern von Behindertenverbänden, der Selbsthilfe, Leistungsanbietern und Fachbehörden wurde der von der Verwaltung erarbeitete Satzungsentwurf zur Zusammensetzung und zu den Aufgaben und Rechten des Beirates vorgelegt und intensiv diskutiert. Verschiedene Anregungen, die einvernehmlich besprochen wurden, sind in den vorliegenden Satzungsentwurf eingeflossen.

Der Sozialausschuss wurde in seiner Sitzung am 30. Oktober 2014 über die wesentlichen Inhalte der Satzung informiert und hat diese gut geheißen.

Auswirkung:

Produktkonto:

Haushaltsjahr:

Betrag:

Über- oder außerplanmäßige Ausgaben:

Mittelbedarf ist über die genehmigten Haushaltsansätze gedeckt: Ja /Nein

Bei Investitionsmaßnahmen ist zusätzlich anzugeben:

Mittelfreigabe ist beantragt: Ja /Nein

Es handelt sich um eine förderfähige Maßnahme: Ja /Nein

Sofern es sich um eine förderfähige Maßnahme handelt:

Förderbescheid liegt vor: Ja /Nein

Drittmittel, z.B. Förderhöhe und Kassenwirksamkeit entsprechen den veranschlagten

Haushaltsansätzen und wirken nicht krediterhöhend: Ja /Nein

Sonstige Anmerkungen:

Anlagen:

Satzungsentwurf

Beteiligte Ämter:

BGM

Hauptamt

Sozialamt

Schlusszeichnung:

--